

Auswahl aus den Presseveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung über zukunftsfähige Sekundarschulkonzepte am 4.5.2010 in Wernau mit T. Bargel

DER TECKBOTE
LOKALES

GEW fordert eine „Schule für alle“

04.05.2010

Heute um 19.30 Uhr beginnt in Wernau eine Diskussion über „zukunftsfähige Sekundarschulkonzepte“



Ein heißes Eisen der Schulpolitik greift der Kreisverband Esslingen-Nürtingen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am heutigen Dienstag in der Wernauer Stadthalle auf. Beginn der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ist um 19.30 Uhr. Das Thema lautet „Aufbau statt Abriss – zukunftsfähige Sekundarschulkonzepte für Baden-Württemberg“. Dabei geht es unter anderem um die Alternative einer

Gemeinschaftsschule.

Andreas Volz

Kreis Esslingen. Längst schon weisen die Hauptschulen in Baden-Württemberg Schülerzahlen auf, die dem Namen einer „Hauptschule“ alles andere als gerecht werden. Auch für den Kreis Esslingen sind diese Zahlen eindeutig: Wechselte zum Schuljahr 2000/2001 noch jeweils ein Drittel des Grundschuljahrgangs nach der vierten Klasse auf die Hauptschule, auf die Realschule beziehungsweise aufs Gymnasium, so haben sich diese Zahlen inzwischen drastisch geändert. Im laufenden Schuljahr ist es lediglich an den Realschulen im Landkreis Esslingen bei diesem Drittel geblieben: Von 32,7 Prozent haben die Realschulen innerhalb der vergangenen neun Jahre sogar leicht zugelegt, auf 34,1 Prozent. Die Gymnasien haben im gleichen Zeitraum nahezu zehn Prozentpunkte dazugewonnen: Zum Beginn des aktuellen Schuljahrs saßen bereits 42,4 Prozent der Fünftklässler im Kreis Esslingen in einem Gymnasium, statt 33,7 Prozent. Den umgekehrten Trend weist die Hauptschule auf: In diesem Fall sind es genau zehn Prozentpunkte, die verloren gingen. Die Übergangsquote auf Hauptschulen ist innerhalb von neun Jahren kontinuierlich gesunken – von 32,5 auf 22,5 Prozent.

Mag der Versuch des Kultusministeriums, die Hauptschulen zu Werkrealschulen aufzuwerten, oberflächlich betrachtet wie eine Rettung der Hauptschule wirken, so erreicht er nach Ansicht der GEW genau das Gegenteil. Die Landesvorsitzende Doro Moritz wird in einer GEW-Pressemitteilung folgendermaßen zitiert: „Die neuen Werkrealschulen sind kein Zukunftskonzept. Schon in fünf bis zehn Jahren wird selbst bei günstigen Übergangsquoten bereits die Hälfte der neuen Werkrealschulen geschlossen werden müssen. Die Werkrealschule ist eine bildungspolitische Sackgasse ohne pädagogische Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler. Die einzigen, die von der neuen Schulart profitieren, sind die

Busunternehmen im Land.“

Letzteres ist ein sarkastischer Hinweis auf die Tatsache, dass viele Werkrealschüler künftig weite Wege in Kauf nehmen müssen – sei es, um an Berufsschulen zu gelangen, mit denen die Werkrealschulen kooperieren, oder sei es, um in absehbarer Zeit überhaupt an eine der Werkrealschulen zu gelangen, die es dann noch geben wird. Die GEW prognostiziert nämlich in derselben Pressemitteilung für ganz Baden-Württemberg: „Die Hälfte der jetzt genehmigten 525 Werkrealschulen wird schon in wenigen Jahren so wenige Schüler haben, dass das Konzept nicht mehr umgesetzt werden kann.“

Im Kreis Esslingen gibt es derzeit 45 Hauptschulen, wie es der GEW-Kreisvorsitzende Hans Dörr anhand von Zahlen des Staatlichen Schulamts Nürtingen angibt. Davon sollen sechs Grund- und Hauptschulen nur noch als Grundschulen fortbestehen. Von den verbleibenden 39 Hauptschulen wird zum Schuljahresbeginn 2010/2011 mit 24 Schulen der Großteil zur Werkrealschule. 15 Schulen im Kreis bleiben kleine Hauptschulen. „Mittelfristig sind 24 Werkrealschulen und 15 Hauptschulen nicht zu halten“, prognostiziert Hans Dörr und belegt das anhand weiterer Zahlen: Nur etwa 6□000 Schüler würden diese 39 Schulen besuchen. Dagegen gebe es im Kreis Esslingen 22 Realschulen – für nahezu doppelt so viele Schüler, nämlich 11□800.

Schon jetzt konnte Hans Dörr feststellen: „Die Werkrealschule hat bis dato noch nicht den großen Run ausgelöst. Wer eine Realschulempfehlung kriegt, geht auf die ‚richtige‘ Realschule, und nicht auf die Werkrealschule.“ An der Werkrealschule kritisiert er zudem, dass sie ihren Schülern innerhalb von zwei Schuljahren zwei Abschlussprüfungen zumutet. Durch die Prüfungsvorbereitung bleibe aber zu viel Zeit für wichtigere Lerninhalte auf der Strecke.

Ohnehin werde derzeit viel Zeit an den Schulen für Unnötiges verschwendet, sagt GEW-Kreisvorstandsmitglied Norbert Baur: „Wir sollten mehr Energie in das Fördern und Begleiten investieren als in das Sortieren und in das anschließende Reparieren.“ Damit spielt er auf die Auslese in der vierten Klasse an, die für die weitere Schullaufbahn entscheidend ist, aber auch auf die Tatsache, dass etliche Schüler nach der Grundschule falsch einsortiert und anschließend nach unten durchgereicht werden.

Was die GEW also statt des dreigliedrigen Schulsystems favorisiere, das sei eine „Schule für alle“, sagt Norbert Baur und betont, dass er sich mit einer solchen Empfehlung als „Dienstleister ohne ideologische Grabenkämpfe“ versteht. Auch für die Kommunen hätte eine integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule entscheidende Vorteile: Sie könnten ihre Schulen behalten. So gut wie alle Schüler hätten die Möglichkeit, wohnortnah einen mittleren Bildungsabschluss zu erwerben.

Heute Abend stellt der Konstanzer Soziologe Tino Bargel in Wernau ein Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg vor. Die Kreis-GEW würde gerne auch für den gesamten Landkreis Esslingen ein fundiertes Gutachten erstellen lassen und hofft darauf, dass sich die Kommunen finanziell daran beteiligen – mit einmaligen Kosten, die je nach Einwohnerzahl zwischen 80 und 640 Euro liegen. Für die Städte und Gemeinden könnte dieses Gutachten immerhin wichtige Zahlen und Fakten liefern für die eigene Schulentwicklungsplanung.

Nürtinger Zeitung 28.4.2010



„Werkrealschule ist eine Totgeburt“

Die Bildungsgewerkschaft GEW im Kreis bietet Alternativen an – Veranstaltung am 4. Mai

Die Landesregierung feiert ihr neues Werkrealschul-Konzept (siehe auch Artikel oben) schon vor dem ersten Schultag im Spätsommer als Erfolg. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft allerdings spricht dem Konzept auch im Landkreis die Zukunftsfähigkeit ab: In zehn Jahren müsste die Hälfte der Werkrealschulen geschlossen werden, sage ein Gutachten.

VON ANDREAS WARAUSCH

Für Doro Moritz, die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW), dient das Werkschulprogramm nur dazu, kleine Hauptschulen zu schließen. Die Regierung habe es versäumt, Schulentwicklung langfristig zu planen. Auch eine Diskussion über neue Schulformen, in denen länger gemeinsam gelernt werden kann, sei blockiert worden, so die Landesvorsitzende. Die Folge: Schon in 15 Jahren könnten nur noch 190 Gemeinden genug Schüler vorweisen, um eine zweizügige Werkrealschule zu halten. Mehr als die Hälfte der genehmigten Werkrealschulen werde bereits deutlich früher Probleme bekommen.

Die GEW beruft sich dabei auf ein Gutachten zur Schulentwicklung des Landes der Soziologen Tino und Holger Bargel. Die analysierten den Bestand, stellten Prognosen, bieten eine Fortschreibung und Alternativen an – eben für den Zeitraum der nächsten 15 Jahre.

Auch die Spitze der Kreis-GEW beruft sich bei ihrer Einschätzung der Werkrealschulkonzeption auf das Bargel-Gutachten und weist diesem hohe Aussagekraft zu. Schließlich, so Norbert Baur, gebe es die Schüler für die nächsten 15 Jahre schon. Außerdem hätten die Bargels auch schon früher zutreffende Gutachten gestellt.

Das Gutachten, so Baur, stelle aber nicht nur Zahlen dar. Es biete auch alternative Konzeptionen an für eine Schulpolitik, die die zurückgehenden Schülerzahlen ernst nehme. Die Mehrheit der GEW-Mitglieder spreche sich deshalb für eine „Schule für alle“ aus, so Baur, der lange für die Erziehungshilfe und an Förderschulen und auch als Beratungslehrer tätig war.

Gemeint ist damit nicht eine Gesamtschule. Bauer operiert lieber mit dem Begriff der „Gemeinschaftsschule“. Baur: „Wir favorisieren eine integrierende Schule für alle mit Binnendifferenzierung.“ Bis zur siebten Klasse sollten die Schüler zusammenbleiben, mit einer Auffächerung im Klassenverband. Erst dann sollte auch eine äußerliche Differenzierung erfolgen. Allerdings ohne die komplette Aufgabe des Klassenverbands. Formal sollten die Schüler bis zur neunten und zehnten Klasse zusammenbleiben. Spezifische Angebote solle es aber schon immer geben, erläutert Baur.

Das Bargel-Gutachten hat für solche Gemeinschaftsschulen Modelle vorgeschlagen. Eine Haupt- und eine Realschule unter einem Dach wäre gemessen an den Schülerzahlen für die Hälfte der

Gemeinden machbar. Nehme man das Gymnasium noch mit dazu, könnten drei Viertel der Gemeinden solch eine Schule auch in Zukunft betreiben. Blicke es bei der Dreigliedrigkeit, sinkt die Zahl der Orte, die einen Standort für eine fortführende Schule anbieten könnten, auf unter ein Drittel, erklärt Baur die Modelle der Gutachter. Baur's Schlussfolgerung: „Eigentlich müsste jede Gemeinde Interesse an den Ergebnissen des Gutachtens und den daraus resultierenden Schlussfolgerungen haben.“ Denn die integrativen Modelle sorgten für sinkende Schülerbeförderungskosten. Zudem könnten Unterstützungsmodelle für die Schularbeit günstiger unter einem Dach realisiert werden.

■ Schlechte Pisa-Ergebnisse trotz frühem Sortieren

Für Baur ist das Sortieren nach der vierten Klasse eine Eigenheit des deutschen Sprachraums, die es sonst nirgends so gebe. „Eine Trennung macht erst später Sinn“, urteilt der Pädagoge aus seiner langjährigen Berufserfahrung heraus. Eine berufliche oder hochschulische Orientierung sei erst von Nutzen, wenn sich persönliche Profile herauskristallisiert hätten. Die Kinder seien zu jung, um eingeteilt zu werden. So sei eine hohe Ausfallquote und ein großer Rücklauf zu verzeichnen. Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre verstärke diesen Effekt und setze auch die Realschule großer Not aus. Trotz unseres hoch spezialisierten Systems rangiere man bei der Pisa-Studie nur im Mittelfeld. Baur's Resümee: „Es geht zu viel Energie beim Sortieren und Reparieren verloren.“

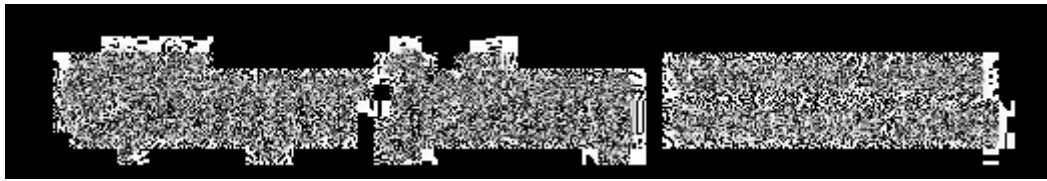
Auch der GEW-Kreisvorsitzende Hans Dörr verweist auf die Staaten, die bei der Pisa-Studie gut abschneiden: „Sieger sind die Staaten mit den Gemeinschaftsschulen.“ Außerdem könnten eben die Skandinavier und Kanadier als Vorbilder dienen. Dörr: „Man müsste eigentlich nichts neu erfinden.“

Dörr blickt auch auf die Argumente der Verfechter des dreigliedrigen Schulsystems, das bereits nach der vierten Klasse sortiert. Schwache und starke Schüler würden zu kurz kommen, lauteten deren Argumente. Aus Sicht des Rektors der Plochinger Burgschule, einer Grund- und Hauptschule, bürgten aber vermeintlich homogene Lerngruppen nicht unbedingt für mehr Lernerfolg. Die Werkrealschule solle nun zudem für eine Viergliedrigkeit – und das geschehe auch noch völlig überstürzt. Dörr: „Die Werkrealschulkonzeption ist schnell aus dem Ärmel geschüttelt worden.“ Nicht einmal ein Jahr lang sei das Konzept diskutiert worden.

Doch auch bei einem differenzierten Blick auf die Einzelheiten ist Dörr's Urteil eigentlich vernichtend: „Die Konstruktion selbst ist völlig irrsinnig.“ Den Hauptschülern würden nun mit der Werkrealschule zwei Prüfungen in zwei Schuljahren zugemutet werden. Einmal nach der neunten Klasse; da geht es um den Hauptschulabschluss, der mindestens mit der Note 3,0 abgeschlossen werden müsse, um für die zehnte Klasse der Werkrealschule zugelassen zu werden. Und dann eben der mittlere Bildungsabschluss nach der zehnten Klasse. Dörr: „Die Prüfungen fressen vier von zehn Schulmonaten.“ Zeit, in der die Schüler Wertvolles lernen könnten.

Außerdem kämen in der zehnten Klasse zwei verbindliche Tage an Berufsschulen hinzu. „Wie das in der Fläche gehen soll, weiß keiner“, kritisiert Dörr auch diese Facette des Konzepts. Damit solle der Anteil der beruflichen Bildung verstärkt werden. Dabei bemängelten die künftigen Lehrherren in Handwerk und Industrie aber gerade die schwachen Kenntnisse in den Fächern, die elementare Kulturfertigkeiten vermittelten, wie zum Beispiel Mathematik und Deutsch. Dörr: „Der berufliche Sektor wird forciert zu Ungunsten der Allgemeinbildung.“ Letztlich bedeute die Einführung der Werkrealschule eine zusätzliche Stigmatisierung. Die Hauptschule rutsche so nämlich in der öffentlichen Wahrnehmung und Beurteilung noch einmal eine Stufe tiefer.

Auch Norbert Baur's Einschätzung der Werkrealschulkonzeption ist knallhart: „Die Werkrealschule stolpert schon in fünf Jahren. Das ist eine Totgeburt.“ Dabei geht es ihm nicht um „ideologische Grabenkämpfe“. Vielmehr sollen wissenschaftlich fundierte Fakten und Zahlen zur Entscheidungshilfe herangezogen werden. Solch demografische und wissenschaftliche Faktoren seien für Eltern und Kommunalpolitiker wichtig



Pläne gegen das Hauptschulsterben

WERNAU: Der Konstanzer Wissenschaftler Tino Bargel erläutert verschiedene Sekundarschulkonzepte



Eine zweizügige Sekundarschule für Baltmannsweiler, ein zweizüliges Gymnasium für Köngen - Tino Bargel (Bild) und sein Sohn Holger haben Daten des Statistischen Landesamts ausgewertet und Schulkonzepte überlegt. Foto: Bulgrin

Auch die neuen Werkrealschulen werden die Hauptschulen nicht retten. Dieser Ansicht ist der Konstanzer Soziologe Tino Bargel. Er stellte in der Wernauer Stadthalle Schulkonzepte für den Kreis Esslingen vor. Zusammen mit seinem Sohn Holger, ebenfalls ein Soziologe, hat er für die Erziehung und Wissenschaft (GEW) Zahlen des Statistischen Landesamtes analysiert und Prognosen entwickelt.

Von Regina Schultze

„Aufbau statt Abriss - zukunftsfähige Sekundarschulkonzepte für Baden-Württemberg“ heißt ihre große Studie fürs Land. Nun haben die Soziologen speziell 15 Kreiskommunen unter die Lupe genommen, von Altbach bis Wernau. Zwei Stunden lang prasselten die statistischen Erhebungen, Prognosen und Schulformen nur so auf die Zuhörer ein. Klar ist für Bargel und die GEW: Viele Schulschließungen könnten mit Verbundschulen oder - noch besser - mit integrierten Sekundarschulen verhindert werden.

„Keine Hauptschulen mehr“

Bargel zitierte Ex-Kultusminister Helmut Rau mit dem Satz: „In zehn Jahren wird es allmählich keine Hauptschulen mehr geben.“ Das könnte sich bewahrheiten. Landesweit ist die Zahl der Hauptschulen seit dem Jahr 2000 stark zurückgegangen. Im Kreisgebiet gebe es derzeit 51 Hauptschulen. Nur noch knapp 23 Prozent der Schüler wechseln dorthin, was leicht unter dem Landesdurchschnitt liege. „Eine bemerkenswerte Abwendung“, konstatiert der Wissenschaftler. In den ausgewählten 15 Gemeinden werden 9 der vorhandenen 17 Hauptschulen verloren gehen, prognostiziert der Gutachter, darunter wohl Deizisau und Dettingen, aber auch Altbach, Aichwald und Köngen. Zwei weitere Standorte seien „labil“: Reichenbach und Wernau. Wobei Wernau, wie berichtet, eine Zusage für eine Werkrealschule bekommen hat. An vier Standorten sei das Hauptschulangebot gesichert: in Plochingen, Wendlingen, Filderstadt und Kirchheim. Auffällig ist, dass sich die künftigen 16

Werkrealschulen im Kreis auf jene Orte konzentrieren, in denen sich bereits Realschule und Gymnasium befinden, also ein klarer Vorteil für die Städte. Das führt sogar zu überfüllten Schulen. So sei das Gymnasium Plochingen mit seinen sechs Zügen in Klasse 5 „zu groß“, findet Bargel.

Die Schulkonzentration bedeutet auch, dass die Wege für die Schüler länger werden und meist Fahrtkosten anfallen. Die GEW fordert „den Ausbau der Bildungslandschaft an möglichst vielen Orten“. Das sei flächendeckend mit der integrierten Sekundarschule zu erreichen. „Sehr viel dramatischer als hier prognostiziert“ sei die Situation in seiner Haupt- und Realschule mit Werkrealschule in Köngen, sagte Rektor Hans Steidl in der anschließenden Diskussion. Er habe gerade mal 8 statt der 18 Anmeldungen in die Hauptschule.

Gymnasium für Köngen?

Bargel findet Köngen einen „hochinteressanten Fall“. Hier sei längerfristig sogar ein zweizügiges Gymnasium möglich, sagen seine Zahlen. Potenzial sieht der Soziologe auch für Baltmannsweiler, das bisher keine Sekundarschule hat, aber zweizügig möglich sei. Ein Kirchheimer Rektor findet es „beschämend“, dass in Baden-Württemberg „immer mehr unter finanziellen Aspekten diskutiert wird“. Da viele Schüler ins Gymnasium drängten, müsste Kirchheim sechs bis acht Millionen Euro investieren, obwohl andere Schulräume leer stünden.

Ein Reichenbacher Rektor vermutet, dass es Ziel der Politik ist, die „Verliererschulen“ einfach als Verbundschulen zusammenzuspannen. Bargel sieht ebenfalls „ganz klar eine politische Behelfslösung zum Vorteil der Gymnasien.“ Der Grund liegt für ihn auf der Hand: „Der Philologenverband sitzt halt in den Ministerien.“ Die GEW wirbt heftig dafür, dass die Kreiskommunen zusammenlegen und gemeinsam ein 6000 bis 7000 Euro teures regionales Vollgutachten bestellen. Dieses biete statistisch absicherte Planungsperspektiven bis 2025.

Artikel vom 06.05.2010 © Eßlinger Zeitung

|  | 